
N I E D E R S C H R I F T

Niederschrift Nr. 1

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen

am 14.03.2012

Freiherr-vom-Stein-Saal II/III

Beginn 16:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Brigitte Cziehso (SPD)

Carsten Jaksch-Nink (SPD)

Wolfgang Kerak (SPD)

Dieter Mendrina (SPD)

Hans-Jörg Piasecki (SPD)

anwesend bis 16.55 Uhr

Heinz Steffen (SPD)

Walter Teumert (SPD)

Peter Vaerst (SPD)

Wolfgang Barrenbrügge (CDU)

Peter Dörner (CDU)

Wilhelm Jasperneite (CDU)

anwesend bis 17.30 Uhr

Helmut Krause (CDU)

Gerhard Meyer (CDU)

Michael Klostermann (FDP)

Gero-Heinrich Bangerter (ohne)

Werner Sell (DIE LINKE.)

Helmut Stalz (FWG)

Gerd Oldenburg (SPD)

Hubert Zumbusch (CDU)
Jochen Nadolski-Voigt (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

sachkundige Bürger

Prof. Dr. Johannes R. Hofnagel (GFL)

Von der Verwaltung

Zuhörer/innen

Herr Stratmann, KD
Geschäftsführer der Gesellschaft

Herr Dr. Timpe, Dez. II
Abfallwirtschaft Kreis Unna mbH

Herr Appel, L FD 10

Herr Steuber, FD 10

Geschäftsführer der SPD-Fraktion

Frau Scholz, Schriftführerin
Fraktion

Gäste und

Herr Husemann,

für Wertstoff- und

(GWA)

Herr Erdmann,

Frau Schmidt, Geschäftsführerin der

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr

Wette, Geschäftsführer der FDP-Fraktion

Herr Barrenbrügge begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt 2 ausfällt, da der Geschäftsführer Herr Dr. Dannebom erkrankt ist. Dieser Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung verschoben. Weitere Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner/innen

Punkt 2

Vorstellung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (WFG) durch die Geschäftsführung

-mündlicher Bericht-

Punkt 3

025/12

Weiterentwicklung MVA Hamm-Verbund

Punkt 4

040/12

Gesamtabschluss des Kreises Unna – Gesamteröffnungsbilanz zum 01.01.2010; Struktur des Gesamtanhangs und Gesamtlageberichts

Punkt 5

028/12

Ermächtigungsübertragungen für investive Auszahlungen

Punkt 6

043/12

Umsetzung des Konjunkturpaketes II

- Abschluss der Maßnahmen -

Punkt 7

Einheitliches Berichtswesen für Finanzierungsvereinbarungen mit Dritten

-Antrag der CDU-Fraktion vom 22.11.2011-

Punkt 8

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 9

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner/innen

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 2

Vorstellung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (WFG) durch die Geschäftsführung

-mündlicher Bericht-

Dieser Tagesordnungspunkt entfällt und wird in die nächste Sitzung verschoben.

Punkt 3

025/12

Weiterentwicklung MVA Hamm-Verbund

Erörterung

Herr Husemann berichtet anhand einer Folienpräsentation, welche dieser Niederschrift als Anlage 1 beigelegt ist.

Herr Stratmann teilt mit, dass er davon ausgehe, dass langfristig eine umweltgerechte und für die Bürgerinnen und Bürger preiswerte Entsorgung sichergestellt werde. Hier könne eine deutliche Besserstellung in der Gesellschaftsstruktur erfahren werden. Es freue ihn, auch als Kämmerer, dass die Erträge langfristig hätten stabilisiert werden können und auch bilanziell eine positive Wirkung erführen. Dies seien für ihn Gründe als Kämmer und zuständigen Dezernenten für Beteiligungen, die dafür sprächen, dass der Kreistag in der nächsten Woche hierzu einen Beschluss fasse. Dortmund und Hamm hätten sich bereits entschieden und mit ihnen sei der Kreis immer im Einklang gewesen.

Herr Meyer äußert für die CDU-Fraktion, dass heute keine Entscheidung getroffen werden solle. Dieser Punkt solle verschoben werden, damit ein erstellter Fragenkatalog zeitnah durch die Verwaltung beantwortet werden könne. Die CDU-Fraktion störe sich an dem Terminus „beauftragt“. Selbst unter dem Gesichtspunkt, dass es einen fakultativen Aufsichtsrat gebe, sei dies eine zu starke Vereinnahmung der Mitglieder im fakultativen Aufsichtsrat. Es stelle sich die Frage, wenn man von hier aus die Mitglieder des Aufsichtsrates beauftrage, ob dann überhaupt noch ein fakultativer Aufsichtsrat benötigt werde, wenn dieser nur weisungsgebunden seine Entscheidung mitnehme.

Frau Cziehso teilt mit, dass die SPD-Fraktion selbstverständlich akzeptiere, dass die CDU-Fraktion Beratungsbedarf habe. Sie möchte aber die GWA im Namen der SPD-Fraktion zu dem guten Verhandlungsergebnis beglückwünschen, dies sei sehr überzeugend. Sie gehe davon aus, dass es in der kommenden Kreistagssitzung zu einer positiven Entscheidung kommen werde.

Herr Dr. Timpe sichert zu, dass die offenen Fragen rechtzeitig und umfassend durch Herrn Husemann und ihn beantwortet würden. Sie stünden auch nach einer erfolgten Beantwortung für weitere offene Fragen zur

Verfügung.

Auf eine Erläuterung zur Thematik und Nachfrage von Herrn Prof. Dr. Hofnagel teilt Herr Husemann mit, dass es allein der Inhouse-Fähigkeit geschuldet sei, dass 1 % Beteiligung vorläge. Rein rechtlich läge ein Anspruch auf Gewinnbeteiligung vor, aber im Rahmen der Verhandlungen sei aufgrund der strategischen Absicherung der Inhouse-Fähigkeiten auf diese Dinge verzichtet worden. Des Weiteren teilt er mit, dass insbesondere von Hamm Anteile zu Ertragswerten gekauft würden.

Herr Klostermann teilt für die FDP-Fraktion mit, dass diese nach eingehender Beratung die Meinung habe, dass dies eine gute Lösung für alle Beteiligten sei. U.a. sei die Kostenreduzierung und die längerfristige Entsorgungssicherheit für diese Entscheidung ausschlaggebend gewesen.

Herr Vaerst erachte die Lösung als sinnvoll und fragt nach, warum hier nicht der Einklang mit dem Abfallwirtschaftskonzept (AWK) gesucht werde. Es könne doch im Juni ein Abschluss des AWK und des Vertrages für die Müllverbrennungsanlage Hamm erfolgen. Er geht auf die Grundsteuererhebung der Stadt Selm ein und teilt mit, dass hier eine Entlastung bei den Abfallbeseitigungsgebühren für die Bürgerinnen und Bürger interessant wäre.

Herr Husemann antwortet, dass eine schnelle Handlung erfolgen müsse, damit sich die Konditionen nicht nachteilig verändern. Bevor die Gebühren jährlich kalkuliert und an den Kreis weitergegeben würden, erfolge eine Preisprüfung durch eine externe Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

Herr Dr. Timpe ergänzt, dass die Verwaltung bezüglich des Zeitpunktes zum Vertragsabschluss grundsätzlich die Ansicht von Herrn Husemann teile, da die jetzigen Konditionen sehr vorteilhaft seien. Diese Lösung werde von den anderen Kommunen mitgetragen. Er möchte keinen Zusammenhang mit der Grundsteuer in Selm aufbereiten. Aber für die Stadt Selm sei dies ebenfalls eine gute Lösung, auch was die Gebührenentlastung betreffe.

Herr Stalz fragt nach, wie es mit der Höhe der Beteiligungserträge aussehe und ob es Verlustrisiken bzw. ob es überhaupt Risiken gebe. Des Weiteren möchte er wissen, ob die Einführung der Wertstofftonne und der demografische Wandel mit in die Kalkulationen einbezogen worden seien. In Bezug auf die Gebührenentwicklung für die Haushalte fragt er nach, ob man Aussagen zur prozentualen Entwicklung treffen könne. Für den Ein- und Verkauf von Energie solle eine eigene Energieverwertungsgesellschaft gegründet werden und diesbezüglich habe er die Frage, wie sich hier die Beteiligung des Kreises äußere.

Frau Cziehso teilt mit, dass die Beratung unübersichtlich werde. Es hätten sich bereits einige Nachfragen ergeben und sie würde es begrüßen, wenn diese notiert und im Vorfeld der Kreistagssitzung beantwortet würden. Dann hätte jeder Zugang zu den Antworten und die Möglichkeit zur Beratung. Sie beziehe sich auf die Aussage von Herrn Vaerst und lege Werte darauf, dass eine Verschiebung in den Juni nicht die Meinung der SPD-Fraktion sei. Aus den bereits angeführten Gründen und aufgrund des Wissens, dass dieses Verfahren bereits in der Bürgermeisterkonferenz besprochen und gut geheißen worden sei, wäre dies für die SPD-Fraktion der Maßstab und daher müsse man diesen ungewöhnlichen Weg gehen.

Herr Dr. Timpe bietet die Beantwortung der gestellten Fragen an, die auch teilweise bereits im Natur- und Umweltausschuss beantwortet worden seien. Er möchte der Beantwortung keinesfalls ausweichen und biete daher die Terminabsprache zur näheren Erläuterung an.

Der Vorsitzende bittet den Ausschuss, auch aufgrund der fortgeschrittenen Zeit, sich an Herrn Dr. Timpe zu wenden. Es sei bereits beschlossen worden, heute keine Entscheidung zu treffen und aus diesem Grund bestehe Zeit für die Entscheidungsfindung bis zur Kreistagssitzung.

Herr Jasperneite möchte eine Stellungnahme zu den Aussagen von Frau Cziehso und Herrn Vaerst abgeben und teilt mit, dass die CDU-Fraktion weiterhin der Meinung sei, dass das Ziel, das Verfahren innerhalb von vier Wochen durchzuziehen sehr ehrgeizig sei. Ohne externen Druckaufbau sei eine Entscheidung im Juni durchaus parlamentarische Gepflogenheit gewesen. Aber die CDU-Fraktion sehe auch ein, dass die Realität eine Entscheidungsfindung in der nächsten Woche sei. Das parlamentarische Verfahren wäre ordentlicher gewesen, wenn man parallel zu diesem das Verfahren zum Abfallwirtschaftskonzept gesehen hätte, weil das Eine das Andere bedinge. Die CDU-Fraktion habe ebenfalls Nachfragen und werde diese schriftlich an die Verwaltung richten.

Herr Steffen ergänzt die Ausführungen von Herrn Meyer dahingehend, dass er sich in einem Aufsichtsrat nie erdreisten und gefallen lassen würde, wenn ihm eine Beschlussfassung beauftragt würde. Es gebe zwar in der öffentlichen Vertretung durchaus die Meinung, dass man das dürfe, aber das HGB garantiere eindeutig die Freiheit der Entscheidung des Entscheidungsfassenden. Mit der Beauftragung seien somit die Gesellschaften und nicht der Aufsichtsrat gemeint. Für die Mitglieder sei dies ein ganz normales Prozedere.

Herr Prof. Dr. Hofnagel stimmt Herrn Vaerst und Herrn Jasperneite zu und könne den Druckaufbau nicht nachvollziehen. Unter Druck könne auch eine Fehlentscheidung getroffen werden. Es gebe keine Klausel, nach der eine kurzfristige Entscheidung getroffen werden müsse und er frage sich, warum man sich dann nicht die Zeit für eine Entscheidungsfindung nehmen könne.

Frau Cziehso weist darauf hin, dass das Thema in der Vergangenheit ausführlich behandelt worden sei und seit mindestens zwei Jahren über den aktuellen Stand und die Absichten informiert werden würde.

Herr Krause äußert daraufhin, dass er von Frau Cziehso darüber eine Dokumentation haben möchte, denn er wäre der Letzte der gefragt bzw. informiert würde. Er sei gespannt, ob die Verwaltung die Nachfragen kurzfristig beantworten könne und habe den Eindruck, dass bei der ersten Informationsveranstaltung nicht alle einen kompletten Überblick erhalten hätten, zumal kurz vorher das Abfallwirtschaftskonzept vorgelegt worden sei. Die Antworten könnten aber ebenso neue Fragen aufwerfen. Hier bleibe abzuwarten, wie die Entscheidung aussehe. Er betone, dass niemand gesagt habe, dass es sich hier um eine schlechte Lösung handle. Zwischen den Fraktionen läge kein fairer Umgang miteinander vor. Vor Jahren durch die Verwaltung eingebrachte Zahlen hätten sich nicht als richtig erwiesen und man müsse Angst haben, dass das erneut passiere. Aber er mache der Verwaltung keinen Vorwurf, denn auch sie könne nicht in die Zukunft blicken.

Herr Dr. Timpe bittet diesbezüglich um einen Nachweis.

Durch den Vorsitzenden wird festgehalten, dass die entstandenen Nachfragen an die Verwaltung gerichtet werden und ein Beschluss im Kreistag erfolge.

Herr Vaerst stellt fest, dass er lediglich eine Nachfrage gehabt hätte und diese durch Herrn Husemann beantwortet worden sei. Ob er es für sinnvoll halte, die Entscheidung in den Juni zu verschieben, stünde auf einem anderen Blatt.

Der Ausschuss gibt keine Beschlussempfehlung ab und verweist an die Entscheidung des Kreistages.

Punkt 4

040/12

Gesamtabschluss des Kreises Unna – Gesamteröffnungsbilanz zum 01.01.2010; Struktur des Gesamtanhangs und Gesamtlageberichts

Erörterung

Herr Stratmann teilt mit, dass die Erstellung des Gesamtabchlusses eine gesetzliche Vorgabe und somit eine Verpflichtung sei. Es handele sich hierbei um eine vielfältige und sehr komplexe Aufgabe. Der Kreis sei in Bezug auf den Gesamtabchluss Pilotprojekt für Nordrhein-Westfalen und somit auch zeitlich sehr gut aufgestellt. Zunächst werde der Entwurf vorgestellt und solle seinen Abschluss in einer Beschlussfassung des Kreistages am 26.06.2012 finden. Bei dem Gesamtabchluss handele es sich um einen fortlaufenden Prozess, in den stets entsprechende Veränderungen eingebracht würden.

Herr Steuber erläutert, dass für alle Kommunen in Nordrhein-Westfalen das rechtliche Erfordernis eines Gesamtabchlusses zum Stichtag 31.12.2010 bestehe. Die vorliegende Gesamteröffnungsbilanz sei eine fiktive Gesamteröffnungsbilanz und hier gebe es zur Aufstellung kein rechtliches Erfordernis, sie diene als Berechnungsgrundlage. Herr Steuber berichtet anhand einer Folienpräsentation, welche dieser Niederschrift als Anlage 2 beigelegt ist.

Herr Stratmann ergänzt, dass bis zum Kreistagsbeschluss genug Zeit vorhanden sei, um Informationen in die einzelnen Fraktionen und Gruppen weitergeben zu können und bittet um Mitteilung von Terminen für evtl. Besprechungen. Die fehlende Summe in Höhe von ca. 32 Mio. € sei bilanztechnisch und führe nicht dazu, dass die Kreisumlage erhöht werden müsse. Hier sei eine Unterscheidung zwischen der Gesamtbilanz und der Eröffnungsbilanz des Kreishaushaltes und den weiterführenden Entwicklungen der letzten Jahren bis heute von Bedeutung.

Im Anschluss beantwortet Herr Steuber eine Verständnisfrage aus dem Ausschuss.

Herr Appel berichtet anhand von Folien, welche dieser Niederschrift als Anlage 3 beigelegt sind.

Zwischendurch werden Verständnisfragen aus dem Ausschuss beantwortet.

Er bezieht sich auf den von der Fraktion DIE LINKE. gestellten Antrag im Zusammenhang mit einem erweiterten Berichtswesen und teilt mit, dass bei einer Umsetzung die gesamte bestehende Struktur verändert werden müsse und davon ausgegangen werde, dass dies nicht gewünscht sei. Der Steuerungsdienst habe die Anregung aus der letzten Sitzung des Ausschusses betrachtet, um zu sehen, wie die Stadt Münster mit diesem Thema umgehe. Herr Appel erläutert das Beispiel der Stadt Münster anhand der vorliegenden Folien und teilt mit, dass es nicht ratsam sei, diese Vorgehensweise anzustreben, da hier eine kleinere, übersichtlichere Anzahl an Beteiligungen vorläge. Für den Kreis würde ein zu großer Aufwand innerhalb der Verwaltung und bei den Ressourcen entstehen. Der Steuerungsdienst habe drei Lösungsvorschläge formuliert, wobei Lösungsvorschlag 1 verworfen worden sei. Es sei schwierig einen Bezug von konsolidierten Daten des Gesamtabchlusses zu operativen Dingen herzustellen. Lösungsvorschlag 2 werde ebenfalls nicht als geeignetes Mittel angesehen. Im Budgetbericht würde der Haushalt mit dem Jahresverlauf verglichen. Bei den Beteiligungen könne man die jeweiligen Ansätze und Verlustabdeckungen der Gesellschaften beziffern und anführen, was der Geschäftsführer erwarte. Allerdings würde diese Bewertung sehr sparsam ausfallen und wäre nicht die Intention die vom Ausschuss erwartet würde. Letztendlich schlage der Steuerungsdienst den Lösungsansatz 3 vor. Dieser beinhalte einen obligatorischen Bericht, eine feste Struktur und einen festen Termin.

Herr Prof. Dr. Hofnagel ist froh darüber, dass der Tenor zum Ende ein anderer sei, denn er habe befürchtet, dass keine Informationen fließen sollten.

Herr Barrenbrügge teilt mit, dass er Lösungsvorschlag 3 aufgreife und gleichzeitig vorschlage, dass der Ausschuss zu diesem Thema eine Klausurtagung anberaume. Dann könne den vier Geschäftsführern der Gesellschaften die Gelegenheit gegeben werden, dem Ausschuss ihre Vorstellungen darzulegen und im Anschluss könne eine detaillierte Beratung erfolgen.

Herr Sell bedankt sich bei Herrn Appel und seinen Mitarbeitern für die Ausführungen. Der Lösungsvorschlag 3 werde als sinnvoller Weg erachtet und auch von der Fraktion DIE LINKE. unterstützt.

Frau Cziehso teilt mit, dass dies ebenfalls für die SPD-Fraktion gelte.

Abschließend wird festgehalten, dass für die Beratungen ein gemeinsamer Termin für den Zeitraum nach den Sommerferien 2012 gesucht werde.

Die fiktive Gesamteröffnungsbilanz des Kreises Unna zum 01.01.2010 sowie die Struktur des Gesamtanhangs und des Gesamtlageberichts werden zur Kenntnis genommen.

Punkt 5

028/12

Ermächtigungsübertragungen für investive Auszahlungen

Die Übersicht der Ermächtigungsübertragungen für investive Auszahlungen vom Haushaltsjahr 2011 zum Haushaltsjahr 2012 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 6

043/12

Umsetzung des Konjunkturpaketes II

- Abschluss der Maßnahmen -

Erörterung

Frau Cziehso führt aus, dass dies ein Programm sei, das tatsächlich Beschäftigung fördere und die Infrastruktur deutlich nach vorne gebracht habe. Dies gelte auch für den Kreis Unna und seine Städte und Gemeinden. Frau Cziehso bedankt sich bei der Verwaltung dafür, dass die Umsetzung so gut gelungen sei.

Herr Meyer fragt nach, warum die zur Ökologiestation angeführten Zahlen in den Vorlagen 028/12 und 043/12 nicht das selbe Ergebnis zeigen.

Herr Appel wird die Zahlen prüfen und eine entsprechende Klärung bis zur Kreistagssitzung herbeiführen.

Der Ausschuss nimmt den Abschluss der Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II zur Kenntnis.

Punkt 7

Einheitliches Berichtswesen für Finanzierungsvereinbarungen mit Dritten

-Antrag der CDU-Fraktion vom 22.11.2011-

Erörterung

Herr Appel berichtet anhand einer Folienpräsentation, welche dieser Niederschrift als Anlage 4 beigelegt ist. Im Anschluss bittet er den Ausschuss um Äußerungen zur gewünschten Umsetzung.

Frau Cziehso teilt für die SPD-Fraktion mit, dass diese mit dem Verfahren einverstanden sei und die Darstellung gerne als Zuschuss-Teil in komprimierter Form hätte. Die Darstellung solle demnach nicht in den einzelnen Budgets, sondern zusammengefasst zum Beispiel im Vorbericht erfolgen.

Herr Meyer äußert für die CDU-Fraktion, dass sich diese den Vorstellungen der SPD-Fraktion anschließe und teilt mit, dass innerhalb der Fraktion noch Diskussionsbedarf zum Thema Pauschalen bestehe.

Herr Prof. Dr. Hofnagel fragt nach, ob es innerhalb des Ausschusses unterschiedliche Informationen gebe, da die anderen Fraktionen/Gruppen bereits diskutiert hätten.

Herr Barrenbrügge äußert, dass die CDU-Fraktion die Verwaltung zur Vorbesprechung einlade und gemeinsam alle Tagesordnungspunkte durchgehe. Und im Rahmen dieser Vorbesprechung sei das Thema zur Sprache gekommen.

Herr Prof. Dr. Hofnagel gehe davon aus, dass sofern Informationen vorlägen, diese auch allen Beteiligten zugesandt würden. Es sei zunächst der Eindruck entstanden, dass die anderen nicht erst heute, sondern bereits im Vorfeld nähere Informationen erhalten hätten.

Herr Barrenbrügge hält fest, dass die Darstellung über die Verwendung von Zuschüssen/Zuweisungen in komprimierter Form, gesondert im Vorbericht erfolge.

Punkt 8

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Herr Stratmann teilt mit, dass zurzeit an dem Jahresabschluss 2011 gearbeitet werde und sich hier deutlich erkennen ließe, dass weder negativ noch positiv besondere Ausschläge vorlägen. Es laufe darauf hinaus, dass der Jahresabschluss 2011 +/- Null erfolgen könne.

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 9

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Ende der Sitzung 18.10 Uhr

Anlagen

1. Folienpräsentation „Weiterentwicklung MVA Hamm-Verbund“, Bericht Herr Husemann
2. Folienpräsentation „Gesamtabschluss des Kreises Unna“, Bericht Herr Steuber
3. Folienpräsentation „Gesamtabschluss des Kreises Unna, Schlussfolgerungen“, Bericht Herr Appel
4. Folienpräsentation „Einheitliches Berichtswesen“, Bericht Herr Appel

Barrenbrügge

Scholz

Vorsitzender

Schriftführerin